

## BUCHBESPRECHUNGEN

Acemoglu, Daron und James A. Robinson: *Warum Nationen scheitern*  
(Armin Pfahl-Traughber)..... 352

Bodsch, Ingrid (Hrsg.): *Dr. Karl Marx. Vom Studium zur Promotion*  
(Wilma Ruth Albrecht)..... 353

Döring, Detlef: *Samuel Pufendorf in der Welt des 17. Jahrhunderts*  
(Maximilian Eberhard)..... 355

Hardt, Michael und Antonio Negri: *Demokratie! Wofür wir kämpfen*  
(Armin Pfahl-Traughber)..... 357

Kempf, Volker: *Wider die Wirklichkeitsverweigerung. Helmut Schelsky – Leben, Werk, Aktualität*  
(Klaus Hornung)..... 358

Mörschel, Tobias und Christian Krell (Hrsg.): *Demokratie in Deutschland*  
(Helge F. Jani)..... 359

Napoleoni, Loretta: *China – der bessere Kapitalismus*  
(Benrd M. Malunat)..... 361

Plaggenborg, Stefan: *Ordnung und Gewalt. Kapitalismus – Faschismus – Sozialismus*  
(Georg Simet)..... 363

Rosanvallon, Pierre: *Die Gesellschaft der Gleichen*  
(Armin Pfahl-Traughber)..... 365

Saracino, Stefano: *Tyrannis und Tyrannenmoder bei Machiavelli*  
(Manuel Knoll)..... 366

Schneider, Georg S.: *Alois Mertes (1921 – 1985). Das außenpolitische Denken und Handeln eines Christlichen Demokraten*  
(Christoph Böhr)..... 367

Daron ACEMOGLU //James A. ROBINSON:  
*Warum Nationen scheitern. Die Ursprünge von Macht, Wohlstand und Armut. Aus dem Englischen von Bernd Rullkötter, Frankfurt/M.: S. Fischer, 2013, 608 S., 24,99 €*

Um Einkommen und Lebensstandard in den verschiedenen Ländern ist es sehr unterschiedlich bestellt. Warum sind einige Länder wirtschaftlich erfolgreich, andere hingegen nicht? Liegt es an der Ethik oder Geographie, Klima oder Kultur, Politik oder Rechtsstaatlichkeit, Religion oder Rohstoffen? Um diese Faktoren jeweils einzeln oder kombiniert miteinander ranken sich die Erklärungsversuche von Fachwissenschaftlern unterschiedlichster Disziplin. So hoben in den letzten Jahren etwa Jared Diamond die Geographie und David Landes die Kultur als bedeutsamste Ursachen hervor. Ihnen widersprechen nun Daron Acemoglu, Professor für Ökonomie am Massachusetts Institute for Technology, und James A. Robinson, Professor für Politikwissenschaft an der Harvard University. In ihrem voluminösen Werk *Warum Nationen scheitern. Die Ursprünge von Macht, Wohlstand und Armut* erheben sie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu den bedeutendsten Bedingungsfaktoren für den wirtschaftlichen Erfolg eines Landes.

Bereits im Vorwort heißt es entsprechend: »Unserer Meinung nach sind es die von den Staaten gewählten Regeln – oder Institutionen –, die darüber bestimmen, ob sie wirtschaftlich erfolgreich sind oder nicht.« Und weiter: »Den Schlüssel zu nachhaltigem wirtschaftlichem Erfolg findet man im Aufbau einer Reihe von Wirtschaftsinstitutionen – *inklusive Wirtschaftsinstitutionen* – welche die Talente und Ideen der Bürger eines Staates nutzbar machen können, indem sie geeignete Anreize und Gelegenheiten bieten, dazu gesicherte Eigentums- und Vertragsrechte, eine funktionierende Justiz sowie einen freien Wettbewerb, so dass sich die Bevölkerungsmehrheit produktiv am Wirtschaftsleben beteiligen kann« (S. 14). Extraktive oder inklusive Wirtschaftsinstitutionen entstünden nicht als vorherbestimmte Resultate besonderer Kulturen oder geographischer Rahmenbedingungen. »Vielmehr sind Insti-

tutionen das kollektive Ergebnis politischer Prozesse. Mithin ist die Schaffung inklusiver Wirtschaftsinstitutionen ein politischer Akt« (S. 15).

Diese Hauptthese wollen die Autoren ihren Lesern durch eine imaginäre Welt- und Zeitreise vermitteln. Dazu reihen sie Beispiele vom Römischen Reich bis zur aktuellen Gegenwart, von afrikanischen Ländern bis zu europäischen Staaten aneinander. Mit leichter Hand schildern Acemoglu und Robinson dabei die Entwicklungen und fragen nach Ursachen. Am Beginn steht etwa die Kleinstadt Nogales, die einen US-amerikanischen und mexikanischen Teil mit unterschiedlicher ökonomischer und sozialer Entwicklung hat. Auch am Beispiel von Nord- und Südkorea machen Acemoglu und Robinson unterschiedliche Dimensionen der Dynamik von Armut und Wohlstand deutlich. In beiden Fällen bestehen bei den Untersuchungsobjekten keine Unterschiede von Klima und Kultur, aber von Politik und Rechtsstaatlichkeit. In ähnlicher Form »klopfen« die Autoren auch andere Fallbeispiele aus Geschichte und Gegenwart, aus Nord und Süd ab. In der Freiheit der Bürger und in der Rechtssicherheit des Wirtschaftens erblicken sie universell die entscheidenden Faktoren für allseitigen Wohlstand.

Dafür können Acemoglu und Robinson eine Fülle von beeindruckenden Beispielen präsentieren, welche die liberalen Demokratien als Ordnungsmodelle auch sozioökonomisch »gut aussehen« lassen. Noch bedeutsamer an ihrer Deutung ist: Es kommt auf den menschlichen Änderungswillen und nicht auf unveränderbare Gegebenheiten an. So haben im historischen Rückblick manche »Gewinnerländer« der Gegenwart eine Vergangenheit als »Verliererländer«. Die Autoren sichern ihre Deutung auch durch Kontrollanalysen ab, etwa zu ökonomisch scheinbar erfolgreichen autoritären Systemen wie dem aktuellen China, das sich aus ihrer Sicht »als nicht nachhaltig erweisen« werde (S. 195). So überzeugend Acemoglu und Robinson argumentieren, so bedarf es doch auch kritisch-skeptischer Bemerkungen: All zu einseitig sind die Autoren aus Sicht des Rezensenten auf die Institutionen fixiert, ohne den Kontext Kultur näher zu berücksichtigen. Die Kategorisierung in »extraktive« und »inklusive« Institutionen bleibt indessen selbst nach sechshundert Seiten aufmerksamer Lektüre leider noch eher diffus.

Armin Pfahl-Traugber

Ingrid BODSCH (Hrsg.), *Dr. Karl Marx. Vom Studium zur Promotion – Bonn, Berlin, Jena. Bonn: Stadtmuseum Bonn, 2012, 160 S., 16 €.*

Vom 14. November 2012 bis zum 3. Februar 2013 fand im Ernst-Moritz-Arndt-Haus in Bonn am Rhein die Ausstellung »Dr. Karl Marx. Vom Studium zur Promotion – Bonn, Berlin, Jena« statt. Sie wurde vom Bonner Stadtmuseum in Zusammenarbeit mit dem Archiv der Friedrich-Schiller-Universität Jena ausgerichtet. Zu dieser Ausstellung gibt es ein faktenreiches und schön illustriertes Begleitbuch. Nachgezeichnet wird in mehreren Beiträgen »nicht nur die akademische Laufbahn von Karl Marx, die in Bonn begann, (...) sondern auch die wechselvolle Geschichte der mit dem akademischen Abschluss verbundenen Dokumente«.

(7) Im ersten Beitrag »Karl Marx und Bonn. 1835/1836 und 1841/1842« (9-27) berichtet die Herausgeberin auf der Grundlage akribischer Quellenarbeit über Marx' Studienzeit in Bonn. An der 1818 eröffneten Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität hatte sich Marx am 17. Oktober 1835 zu Bonn immatrikuliert und besuchte im Wintersemester 1835/36 regelmäßig sechs Vorlesungen: drei bei Professoren der juristischen Fakultät, nämlich bei Eduard Puggé (1802-1836), Eduard Böcking (1802-1870) und Ferdinand Walter (1794-1879) und drei bei Professoren der philosophischen Fakultät: Friedrich Gottlieb Welcker (1784-1868) »Mythen der Griechen«, Eduard d'Alton (1772-1840) »Neuere Kunstgeschichte« und August Wilhelm von Schlegel (1767-1845) über »Einige homerische Fragen«. Die Vorlesungen von Schlegel und Welcker wurden auch von Emanuel Geibel (1815-1884) gehört; nicht nachweisbar jedoch sind engere persönliche Kontakte, z. B. in einem so genannten, dazu noch oppositionellen »Dichterkränzchen« zusammen mit Carl Grün (1817-1887).

Im Sommersemester 1836 besuchte Marx nur vier Vorlesungen, obwohl er zunächst mehrere belegt hatte: drei der juristischen Fakultät (wieder bei Walter und Puggé) sowie Schlegels Vorlesung »Ausgewählte Elegien des Propertius«. Außerdem schloss er sich einem literarischen Kränzchen und wahrscheinlich auch der studentischen »Trierer Tischgesellschaft« an. Von dieser Tischgesellschaft gibt es ein 1836 entstandenes Semester- bzw. Kneipenbild, eine Lithographie von David Levy Elkan

(1806–1865). Dort steht in der hinteren Reihe als sechste Person von rechts höchstwahrscheinlich Marx als achtzehnjähriger Student. Und belegt ist auch, dass Marx im Juni 1836 zu einer eintägigen Karzerstrafe »wegen Trunksucht« und »nächtlichen Lärmens auf der Straße« verurteilt wurde.

Im zweiten Aufsatz »Karl Marx als Student in Berlin 1836–1841« fasst Bodsch die vorhandenen Forschungsergebnisse kurz zusammen. Marx hatte sich am 22. Oktober 1836 an der 1811 nach den Vorstellungen von Wilhelm von Humboldt (1767–1835) gegründeten Reformuniversität, heute Humboldt-Universität, an der die »Hegelsche Schule« dominierte, eingeschrieben, dort juristische Vorlesungen u. a. von Friedrich Karl von Savigny (1779–1861) und Eduard Gans (1798–1839) besucht und sich im Sommer und Herbst 1837 in das Spree-Fischerdorf Stralow zurückgezogen, um Hegels Werke zu studieren. Dort schloss er sich auch dem »Doktorclub« an – einem Kreis von Junghegelianern um Bruno Bauer (1809–1887) und Adolf Friedrich Rutenberg (1808–1869). »Ein geregeltes Jura-Studium betrieb Marx spätestens seit dem Sommersemester 1838 nicht mehr.« (34) Stattdessen wandte er sich fast ausschließlich der Philosophie zu, fertigte dann seine Dissertation an, die er Anfang 1841 abschloss, um sie am 6. April 1841 beim Dekan der Philosophischen Fakultät der Universität Jena über dem Postweg einzureichen, nachdem er zuvor (offiziell am 3. Dezember 1840) sein Studium in Berlin beendet hatte und sich das Abgangszeugnis, datiert mit 23. März 1841, hatte aushändigen lassen.

Im Beitrag »Dr. Karl Marx. Vom Studium zur Promotion. Bonn, Berlin, Jena« (40–46) stellt Klaus Dicke, Politikwissenschaftler und Rektor der Universität Jena, Marx' Dissertation *Differenz der demokratischen und epikureischen Naturphilosophie* vor, die Marx wohl vor allem deshalb an der Universität Jena vorgelegt hat, weil einerseits im akademischen Berlin nach dem Tode von Eduard Gans die Philosophie Hegels nicht mehr sonderlich hoch im Kurs stand, und andererseits Jena den Vorteil bot, nicht nur in Abwesenheit, sondern auch in deutscher Sprache promoviert zu werden.

Über die »Hintergründe und Folgen« der Jenaer Promotion berichten Joachim Bauer und Thomas Pester in ihrem ihren Aufsatz (47–82). Zunächst stellen sie das übliche Promotionsverfahren an der Universität Jena um 1840 vor, dazu das *in absentia*-Verfahren, das zu der Zeit auch der Bo-

taniker Martin Jakob Schleiden (1804–1881) und der Komponist Robert Schumann (1810–1856) absolvierten. Hauptsächlich aber geht es um die wissenschaftlichen und ideologischen Kontroversen zwischen Fortschritt und Reaktion in Jena und deren Universität. Arnold Ruge (1802–1880) hatte nämlich 1839 in den *Hallischen Jahrbüchern für deutsche Wissenschaft und Kunst* vor allem die philosophische Fakultät und deren Professoren Ernst Reinhold (1793–1855), Carl Friedrich Bachmann (1784–1855) und Jakob Friedrich Fries (1773–1843) als Philister bloß gestellt, weil sie nicht auf der Höhe des philosophischen Denkens (gemeint des Hegelianismus) stünden. Gleichzeitig mit diesen Angriffen sollten die Positionen »fortschrittlicher« Professoren der Universität wie die von Oskar Ludwig Bernhard Wolff (1799–1851) oder Gustav Asverus (1798–1843) gestärkt und auch durch die – dann doch nicht erfolgte – Berufung des Literaturgeschichtlers Robert Eduard Prutz (1816–1872) ausgebaut werden. In dieser Gemengelage kann auch die in Jena eingereichte Dissertation von Marx gesehen werden, mit der er sich »zweifelloos an den theoretischen Auseinandersetzungen der Junghegelianer mit seiner Fachspezifik beteiligen« (71) wollte. Dass dies von den Gutachtern, besonders den Professoren Reinhold und Bachmann, nicht erkannt wurde, lag wahrscheinlich daran, dass sie die Arbeit von Marx nur oberflächlich gelesen und/oder das Verfahren für sie lediglich ein Verwaltungsakt war – jedenfalls wäre die ausgezeichnete Benotung »vorzüglich würdig« sonst wohl kaum erteilt worden.

Marx' Promotion führte gleichwohl nicht zu der von Bruno Bauer protegierten Professur an der Bonner Universität, obwohl sich Marx – wahrscheinlich in dieser Sache – im Sommer 1841 und im Oktober 1842 einige Wochen lang in Bonn aufhielt. Im Oktober 1842 wurde Marx stattdessen Chefredakteur der *Rheinischen Zeitung* in Köln.

Die weiteren Beiträge des Bandes befassen sich mit editorischen und archivischen Fragen der Dissertation. Margit Hartleb beschreibt die Suche nach den Promotionsunterlagen im Zusammenhang mit der Zweihundertjahrfeier der Russischen Akademie der Wissenschaften 1925, die Anfertigung von photographischen Reproduktionen und deren Übergabe an das Marx-Engels-Institut in Moskau. Rita Seifert zeichnet die Bergung der Promotionsunterlagen nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs 1946 und die Übergabe der Original-

dokumente in Form einer Schenkung an das Marx-Engels-Institut in Moskau nach. Seifert geht auch auf das Ölgemälde »Der junge Marx zur Zeit der Jenaer Promotion« (1978) des Grafikers und Kunstmalers Hans Lasko(wski) (1900–1979) ein, beschäftigt sich mit den Editionen der Promotionsunterlagen in MEGA I und MEGA II und würdigt den russischen Wissenschaftler Rjasanow (130–133), den Archäologen und Altphilologen Friedrich Zucker (138–139) sowie den marxistischen Wissenschaftler Pjotr Wyschinski (1903–1949).

Trotz mancher Wiederholung ein in der Gesamtschau lesenswerter Band, der in manchem Detail dem (Marx-)Interessierten interessante Einblicke bietet!

Wilma Ruth Albrecht

*Detlef DÖRING: Samuel Pufendorf in der Welt des 17. Jahrhunderts. Untersuchungen zur Biographie Pufendorfs und zu seinem Wirken als Politiker und Theologe. Studien zur europäischen Rechtsgeschichte. Band 269, Frankfurt a. M.: Vittorio Klostermann, 2012, 372 S., 79 €*

Die Ideengeschichte steht ja inzwischen hierzulande allenfalls am Rande der politischen Wissenschaft. Wo die empirische Politikforschung unter dem Stichwort »Governance« Forschungs- und Lehrpläne diktiert, kennt man bestenfalls noch internationale Klassiker der politischen Philosophie wie Platon, Hobbes und Rousseau. Ein Denker wie Samuel von Pufendorf (1632–1694) – laut Hans Maier immer der einzige große deutsche Staatslehrer des 17. Jahrhunderts – gerät da zwangsweise aus dem Blick. Und das, obwohl sein Einfluss auf die europäische Geistesgeschichte kaum überschätzt werden kann. Stellt seine Fassung eines modernen, säkularen Naturrechts doch einen Ausgangspunkt der Aufklärungsepoche dar.

So verwundert es nicht, dass einer der profiliertesten Kenner Pufendorfs aus der Geschichtswissenschaft kommt. Die ihm »am wichtigsten erscheinenden Aufsätze zu Samuel von Pufendorf« aus den vergangenen zwanzig Jahren hat Detlef Döring, Professor für frühneuzeitliche Geschichte in Leipzig und Mitglied der Sächsischen Akademie der Wissenschaften, nun gesammelt veröffentlicht. Döring, der auch als Herausgeber im Rahmen der historisch-kritischen Werkedition Pufendorfs

hervortrat, macht dabei rückblickend drei Schwerpunkte seiner Beschäftigung mit dem sächsischen Polyhistor aus: Biographie, politisches und theologisches Wirken. Dass sie in ihrer gegenseitigen Verflechtung zu betrachten sind, wird im Sinne einer kontextualisierenden »Neuen Ideengeschichte« sogleich herausgestellt. Die Erschließung der biographischen Quellen zeige, »wie eng gerade bei Pufendorf Biographie und Werk verquickt waren«.

Was die Entwicklung der Gedankenwelt des jungen Pufendorf angeht, so nimmt Döring in dieser Hinsicht eine beachtliche Nuancierung vor. Trotz aller Polemiken Pufendorfs aus den 1670er und 80er Jahren gegenüber seiner Alma Mater, als er sein säkulares Naturrecht besonders gegen Leipziger Gelehrte verteidigen musste – die Leipziger Hochschule stand nicht allein im Zeichen lutherischer Orthodoxie und aristotelischer Philosophie; die an ihr vermittelte Ausbildung hat zugleich sein »späteres Denken und Wirken in einem unverkennbaren Maße beeinflusst«. Für den Bereich der Philosophie heißt das: Pufendorf »mußte nicht erst nach Jena gehen, wie fast die gesamte Literatur behauptet, um seinem Denken einen auch die Gegenwart erschließenden Horizont zu öffnen«. Freilich prägte ein Professor wie Jakob Thomasius wesentlich das konservative Profil der Leipziger Universität, er behandelte jedoch auch Werke von Galilei, Hobbes, Gassendi und Descartes. Warum sollte Pufendorf nicht auf diesem Weg Kenntnis von diesen Autoren erhalten haben? Eine Kenntnis, die seine Vorträge im »Collegium Anthologicum«, einem Diskussionskreis Leipziger Studenten, verbürgen.

Die Bezüge zwischen Leben und Werk Samuel Pufendorfs lassen sich weiter vertiefen. Denn, wie Döring betont, sei jener kein »in seiner Gelehrtenstube eingeschlossener Denker gewesen, der ohne Blick auf Raum und Zeit seine Werke verfaßte«. Im Gegenteil: Egal ob in kurpfälzischen, schwedischen oder brandenburgischen Diensten – »er war ein Berater seiner Brotherrn, ein Verfasser von Denk- und Streitschriften in deren Auftrag«. Dabei war die Verbindung zwischen Hof und Universität in der Frühen Neuzeit durchaus üblich, so Döring, zu dessen Fachgebiet die Wissenschafts- und Universitätsgeschichte dieser Zeit zählt. Schon während seiner ersten Professur für Völkerrecht und Philologie in Heidelberg war Pufendorf folglich nicht nur mit Lehre befasst. Mit dem

»Prodromus« (1665) griff er zugunsten des Pfälzer Kurfürsten in den Flugschriftenstreit um das »Wildfangrecht« ein. Und lässt sich nicht auch »De statu imperii germanici« (1667), erschienen unter dem Pseudonym »Monzambano«, in Bezug auf die Interessen der Kurpfalz lesen?

Die Umdeutung der Entstehungsbedingungen des »Monzambano« gehört sicher zu den Höhepunkten dieses Bandes. Zuerst widerlegt Döring die noch von Horst Denzer kolportierte »zähe Legende«, Pufendorf habe seine bekannteste Schrift »aus Verärgerung darüber verfaßt, daß seine Bewerbung um eine Professur an der Juristischen Fakultät der Heidelberger Universität fehlgeschlagen war«. Dann legt er seine Sichtweise dar: Der Entwurf des »Monzambano« sei in den Herbst 1665 zu datieren. Diese Monate bildeten den Gipfel des erwähnten »Wildfangstreites«, als unter Führung des Mainzer Erzbischofs zahlreiche Gegner der reformierten Pfalz ihre Kräfte militärisch und mit Worten formierten – um dem Pfälzer Kurfürsten das Recht zu bestreiten, herrenlose Fremde zu Leibeigenen zu erklären. Zwar sei der »Monzambano (...) ein Werk sui generis«, es sei vor diesem historischen Hintergrund aber vorstellbar, dass die »von Pufendorf in Angriff genommene Schrift vom Kurfürsten als Möglichkeit gesehen wurde, in verdeckter Form Vorstellungen propagieren zu lassen, die seiner Auffassung vom Charakter des Reiches (...) entsprachen«.

Döring denkt hier primär an die These von den »Feuda oblata«. Da sie eine nur symbolische Beilehnung der Reichsfürsten durch den König behauptete, bot sie »eine juristische Grundlage für die Betonung der Eigenständigkeit der Landesherren«. Also wird gefolgert, dass sie – gleichwie die Kritik der Reichverfassungsschrift am Habsburger Kaiserhaus, das noch im Ruch seines Strebens nach Universalmonarchie stand – die Billigung Kurfürst Karl Ludwigs gefunden haben dürfte. Während dies im Prinzip noch für die meisten Territorialherren hätte gelten können, passen folgende Seiten des »Monzambano« präzise zur kurpfälzischen Interessenlage im »Wildfangstreit«: die häufigen Forderungen, verbürgte ständische Rechte (»Wildfangrecht«) zu achten und Koalitionen zuzugunsten eines Reichsstandes zu ächten sowie die drängende Polemik gegen die katholische Kirche als politische Macht. Begründet in den allgemeinen Konfessionsgegensätzen der Zeit, konkretisierte sie sich im vorliegenden Fall in dem Vorwurf einer

»Unterdrückung des Hauses Pfaltz« durch eine Koalition von »Pfaffen« (so die Worte Pufendorfs) aus reinem Machtkalkül.

Ein weiterer Höhepunkt des Bandes besteht in einer auf das Pufendorfsche Gesamtwerk bezogenen Interpretation. Es gilt, »die ineinandergreifende Verzahnung der seitens der Forschung bestenfalls nebeneinander betrachteten schriftstellerischen Produktionen Pufendorfs« wahrzunehmen. Interessant ist vor allem die Frage nach dem Einfluss des konfessionellen auf das juristische Denken. Laut Döring war Pufendorf »Lutheraner durch und durch«. Wirkte sich seine Kritik an »falschen Lehren« anderer Konfessionen, eigens vorgebracht in theologisch-kirchenrechtlichen Schriften, aber ferner auf den Charakter des naturrechtlichen Systems aus?

Selbst wenn in »De jure naturae et gentium« (1672) feste Rechtsgrundsätze nicht aus einer transzendenten Ordnung folgen, sondern aus der Beobachtung der Natur des Menschen. Und wenn auch die dort entwickelte Souveränitätslehre unbeschränkte staatliche Gewalt verlangt – mit der Konsequenz einer Entpolitisierung der Kirche. »Für Pufendorf ist die Religion das Band, das den Staat zusammenschließt«. Sogar als erste Pflicht des Menschen bewertet er den Glauben an Gott, soll doch erst Gottesfurcht Gesetzestreue garantieren. Berücksichtigt man die staaterhaltende Funktion der Religion, so Dörings luzide Folgerung, wird »ein Ausklammern der konfessionellen Differenzen« aus dem Naturrecht undenkbar. Sichtbar wird dies denn auch, wenn Pufendorf nicht nur den Drang der katholischen Kirche nach politischer Einflussnahme, sondern ganze Glaubensartikel anderer Konfessionen als gefährlich für das Gemeinwesen erklärt.

Gewiss war Pufendorf deshalb kein Verfechter des lutherischen Staatsgedankens. Aber ebenso ist die ihm oft unterstellte völlige Trennung zwischen Religion und Ethik »als unzulässige Modernisierung seiner Gedankenwelt zu bestreiten«. Wird obendrein bedacht, dass er »in seinen letzten Lebensjahren stark chiliastisch geprägte Vorstellungen entwickelte, wonach durch Gottes Eingreifen eine neue »cultura christianae pietatis« aufkommen werde, für die das vernunftbegründete Naturrecht keine Bedeutung mehr besitzt« – dann erscheint endgültig seine »Stellung im Prozeß der Säkularisierung von ambivalenter Natur«. Pufendorf als Repräsentant des 17. Jahrhunderts als »Übergangszeitalter« zwischen Tradition und Moderne.

Inhaltliche Mängel sind in diesem vielseitigen Band, der weniger das Naturrecht, als bisher unbeachtete Aspekte von Pufendorfs Wirken beleuchtet, im Grunde kaum zu finden. Zudem überzeugen Dörings Texte in formaler Hinsicht; sie sind alle gut geschrieben, verständlich aufgebaut und frei von Redundanz. Wer allerdings, ob des Titels, eine zusammenhängende Biographie Pufendorfs erwartet, wird enttäuscht. Gleichwohl entspricht derlei nicht dem Anspruch dieser Textsammlung, und wäre auch nur schwer zu bewältigen, bedenkt man das 17. Jahrhundert als Zeit, die noch »mit autobiographischen Mitteilungen geizt«. Mit »weißen Flecken« in Pufendorfs Werdegang wird man leben müssen. Dennoch erhält der Leser von Döring Schilderungen der Lebensumstände Pufendorfs als Student sowie der Umstände seiner Berufung an die verschiedenen Universitäten und Höfe. Er gewinnt einen spannenden Einblick in den mit vielen Schmähschriften geführten Streit um »De jure naturae et gentium«, ein erbittertes und von Zensur geprägtes Ringen um die öffentliche Meinung auf deutschem und schwedischem Boden. Und zuletzt fehlt nicht eine Darstellung von Pufendorfs Tod, der im Lichte von Philippe Ariès These vom prämodernen Tod als vertrautem Begleiter, vom Sterben als notwendigem Bestandteil (christlicher) Lebensführung erscheint.

Maximilian Eberhard

Michael HARDT/Antonio NEGRI, *Demokratie! Wofür wir kämpfen*. Aus dem Englischen von Jürgen Neubauer, Frankfurt/M.: Campus-Verlag, 2013, 127 S., 12,90 €

Der amerikanische Literaturwissenschaftler Michael Hardt und der italienische Philosoph Antonio Negri gelten seit ihrem gemeinsamen Buch *Empire* (2000) und dem Folgewerk *Multitude* (2004) als Theoretiker der globalisierungskritischen Protestbewegung. Mit *Demokratie! Wofür wir kämpfen* haben sie nun eine Schrift vorgelegt, von der sie unmissverständlich gleich im ersten Satz sagen, worum es sich dabei handelt: »Dies ist kein Manifest!« (S. 7).

Unter dem pathetischen Titel »Gebt die Fackel weiter« beschwören die beiden Autoren angesichts der Proteste vom »Arabischen Frühling« in Nordafrika über Demonstrationen in Israel und

Platzbesetzungen in Griechenland bis zu »Occupy Wall Street« in den USA die politische Chance, »den Schritt von der Verkündigung zur Begründung einer neuen Gesellschaft zu gehen« (S. 7). Dazu will die für mehr direkte und gegen repräsentative Demokratie gerichtete Schrift einen Beitrag leisten.

Hardt/Negri nehmen zunächst eine Diagnose der Gegenwart vor, welche über »Rollen« die Grundzüge »der neoliberalen Krise« (S. 15) verdeutlichen soll: Verschuldung sei zum Normalzustand der Gesellschaft geworden; die Vernetzten ersticken an einem Zuviel an Informationen, Kommunikation und Meinungsäußerung; die Verwahrten lebten in einem permanenten Ausnahmezustand ohne Gewohnheiten der Existenz und gesetzliche Ordnung; die Vertretenen wüssten nur zu gut um den Zusammenbruch der Strukturen der Volksvertretung. Daher bedürfe es einer »Rebellion gegen die Krise«, um unsere »Handlungsfähigkeit wiederzuerlangen« (S. 39). Entsprechend ruft man den Lesern zu »Verweigert die Schulden!« (S. 41), »Schafft neue Wahrheiten!« (S. 45), »Befreit Euch!« (S. 49) und »Verfasst Euch!« (S. 53). Es gehe um eine neue Verfassung für das Gemeinsame, wofür man Eckpunkte für die zukünftige neue Ausgestaltung hin zu mehr Partizipation der Bürger zu Ungunsten des Repräsentativprinzips anstrebe.

Hardt/Negri benennen einige überaus bedenkliche Entwicklungen wie die indirekte Aushöhlung der Institutionen der parlamentarischen Demokratien oder die eskalierenden und regelmäßigen Finanz- und Umweltkrise. Dabei plädieren sie auch für die demokratietheoretisch nachvollziehbare Beibehaltung von Ressourcen wie Banken, Bildung und Wasser als Gemeingut. Derartige Auffassungen und Forderungen kann man indessen auch von anderen Autoren und an anderen Orten besser begründet und differenzierter erörtert lesen. Hardt/Negri arbeiten nicht selten mit Allgemeinplätzen und Schlagworten, wozu denn auch die »herrschenden Kräfte« (z.B. S. 58) als diffuse Kategorie gehören müssen. Bei einer eher schwachen Analyse kann es auch um die Reformvorstellungen kaum besser bestellt sein: Durch den ganzen Text zieht sich ein appellierender und leidenschaftlicher Subjektivismus und Voluntarismus, der sogar Formen von religionsähnlichen und romantischen Erlösungsvorstellungen und Mystifizierungen annimmt.

Zunächst artikuliert sich dies nur in der distanzlosen Bejubelung von Protestbewegungen überall auf der Welt: Dabei ignorieren Hardt/Negri einerseits, dass ihnen im »Arabischen Frühling« mit islamistischen Gruppen auch überaus problematische Akteure angehörten, und andererseits, dass die »Occupy«-Bewegung schon längst an Breitenwirkung und Engagement verloren hat. Gegen Ende formulieren die Autoren gar: »Die neuen sozialen Bewegungen sind nicht etwa so stark, *obwohl* sie keine Anführer haben, sondern *genau deshalb*« (S. 119). Gerade aufgrund des Fehlens von Anführern und Strukturen erlahmen und scheitern solche Protestbewegungen sehr schnell. Gleichwohl wollen Hardt/Negri »das Modell der repräsentativen Demokratie... überwinden« (S. 14) und dabei auch »eine Waffe mitnehmen« (S. 49). Das Schlusswort enthält als ersten Satz die Formulierung: »Wir können die Stadt auf dem Berg schon sehen...« (S. 113). Mit solchen Metaphern beginnt spätestens der Polit-Kitsch. Ihm mögen sich Politiker bedienen, ihm sollten sich Wissenschaftler verweigern.

Armin Pfahl-Traugbber

Volker KEMPF: *Wider die Wirklichkeitsverweigerung. Helmut Schelsky – Leben, Werk, Aktualität.* München: Olzog Verlag, 2012, 224 S., 29,90 €

Helmut Schelsky (1912–1984) war zwischen 1950 und 1980 einer der bekanntesten deutschen Soziologen neben Ralf Dahrendorf, Erwin K. Scheuch oder René König. Heute, zu seinem 100. Geburtstag, ist es ziemlich still um ihn geworden. Vielen scheint er nicht mehr recht in die mainstreams der Wissenschaft, Gesellschaft und Politik zu passen. Die vorliegende Biographie des Soziologen Volker Kempf versucht zu verhindern, dass Schelsky in die deutsche Geschichtsvergessenheit absinkt und mit ihm sein Werk, das in den Jahrzehnten nach dem Krieg die westdeutsche Wirklichkeit von vielen Seiten aus analysierte und kritisch beleuchtete.

Kurz vor dem ersten Weltkrieg geboren, wurde er ein typischer Sohn der deutschen Jugendbewegung, von der aus der Weg auch für kurze Zeit zur Hitlerjugend und zum Nationalsozialismus führte. Das Studium der Philosophie und Sozialwissenschaft bei Hans Freyer und Arnold Gehlen in Leipzig und Königsberg öffnete den Blick dann jedoch auf wesentlichere Dinge, wie die Disserta-

tion über Fichte und die Habilitation über Hobbes zeigten.

Dem Krieginferno, zuletzt in Ostpreußen, knapp entronnen, wurde Schelsky in Flensburg zunächst einer der Mitbegründer des Suchdienstes des Deutschen Roten Kreuzes, bevor er eine erste Lehrtätigkeit an der Hamburger Akademie für Gemeinwirtschaft des DGB aufnahm. 1953 folgte der Ruf auf den Lehrstuhl für Soziologie an der Universität Hamburg, bald darauf der nach Münster. Nun erschienen die großen soziologischen Werke, die Schelsky bekannt machten: *Wandlungen der deutschen Familie* (1953), »Industrie- und Betriebssoziologie« (im *Lehr- und Handbuch zur modernen Gesellschaftskunde* 1955), *Soziologie der Sexualität* (1955) und schließlich *Die skeptische Generation – Eine Soziologie der deutschen Jugend* (1957).

Seit den siebziger Jahren beteiligte Schelsky sich zunehmend an der öffentlichen Diskussion. 1975 erschien sein Buch *Die Arbeit tun die anderen – Klassenkampf und Priesterherrschaft der Intellektuellen*; eine harsche und scharf argumentierende Kritik der »neuen Klasse« der »Sinnproduzenten« und »Sinnvermittler« in den Medien, die Herrschaft ausüben über ein »national überdomestiziertes Volk«. Kurz darauf hatte er mit dem Buch *Der selbständige und der betreute Mensch* (1976) auch aus seiner Kritik des aufblühenden Parteien- und Funktionärsstaates und dessen Neigung zu Belehrung und Bevormundung kein Hehl gemacht. Mit beiden Arbeiten vermochte er stark zu polarisieren.

Der Verfasser dieser Werk-Biographie zählt Schelsky zu den deutschen Soziologen, die in der Nachkriegszeit eine neue empirische Soziologie vorurteilsloser Wirklichkeitsanalyse begründeten und in der Abwehr der Kulturrevolution ab 1968 für eine liberal-konservative Neubegründung der Bundesrepublik eintraten. Die Auseinandersetzung mit der Frankfurter Schule und Habermas' herrschaftsfreier Diskursethik konnte nicht ausbleiben. Schon 1966 hatte Schelsky in seiner Schrift *Grundzüge einer neuen Universität* die alte Humboldt-Universität verteidigt gegen die Entwicklung zur Massenausbildungsstätte, die mit ihrer Orientierung an Quantität und wissenschaftlichem Ökonomismus Managerqualitäten vermittelte statt zur Nachdenklichkeit zu erziehen.

Klaus Hornung

Tobias MÖRSCHER und Christian KRELL (Hrsg.): *Demokratie in Deutschland. Zustand – Herausforderungen – Perspektiven*, Wiesbaden: Springer VS-Verlag, 2012, 432 S., 29,95 €

Demokratie ist, um das unerschöpflich kluge Wort des Juristen Adolf Arndt zu gebrauchen, die »politische Lebensform der Alternative«. Statt politische Unterschiede zu betonen, weht heute das Wort der Alternativlosigkeit durch die öffentliche Diskussion. Wo es um Politikentwürfe, Konzepte und Gegenmodelle geht, wird dem politischen Streit – zumindest auf der rhetorischen Ebene – die Geschäftsgrundlage entzogen. Bei näherer Betrachtung erweist sich der Zusatz »alternativlos« als gefährliches Sedativum. Die »Gesellschaft für deutsche Sprache« wählte es zum Unwort des Jahres 2010. In dieser Nivellierung der politischen Landschaft liegt eine der aktuellen Gefährdungen der Demokratie.

Die von der Friedrich-Ebert-Stiftung organisierte Tagung »Demokratie in Deutschland 2011«, die am 29. und 30. Juni 2011 in Berlin stattfand, nahm Defizite, Schwachstellen sowie Stärken und Reformansätze der Demokratie in den Blick. Zentrales Anliegen des Tagungsbandes, der insgesamt neunzehn Einzelbeiträge versammelt, ist mit den Worten der Herausgeber, eine »kritische Bestandsaufnahme des Zustandes der Demokratie in Deutschland« (S. 10). In praktischer Absicht sollen »Handlungsoptionen und Reformperspektiven zur Stärkung und Revitalisierung der Demokratie« (ebd.) aufgezeigt werden.

Die Probleme, vor denen das demokratische Gemeinwesen steht, sind unmittelbar greifbar. Umso erstaunlicher ist es, dass der Untertitel des Buches nichts Konkretes offenbart. Mit »Zustand – Herausforderungen – Perspektiven« wird lediglich der Allgemeinplatz beschrieben, wonach die parlamentarische Demokratie keine abschließend vollendete Staatsform darstellt. Im Gegenteil: Es obliegt den Akteuren, politische Verfahrensweisen und ihre Ergebnisse immer wieder kritisch zu hinterfragen und dadurch die demokratische Leistungsfähigkeit zu bewahren.

Bislang standen noch im Subtext fast jeder Zustandsbeschreibung der Demokratie die korrespondierenden Krisendiagnosen und Untergangsszenarien: Diese reichen vom Verlust der Steuerungsfähigkeit durch das politisch-administrative System, über die nachlassende Bereitschaft zu po-

litischem Engagement bis hin zur personellen Ausdünnung der großen Parteien. Während der Staat lange Zeit auf dem Rückzug schien, »hat sich dies durch die Finanzkrise leicht revidiert« (S. 218). Anke Hassel schließt ihren Beitrag »Primat demokratischer Politik im Spannungsfeld von Globalisierung und Entstaatlichung« mit einem positiven Resümee. Der Nationalstaat ist als Referenzgröße »wieder in den Mittelpunkt wirtschaftspolitischer Steuerung gerückt« (S. 232). Die Notwendigkeit hierarchischer Steuerung in ökonomischen Fragen »ist wieder unhinterfragt« (S. 233); der Staat als Akteur hoheitlicher Aufsicht verzeichnet heute wieder Geländegewinne.

Tobias Mörschel und Christian Krell identifizieren fünf Felder, auf denen die Demokratie besonders stark in der Bewährung steht. Das Verschwimmen der ehemals klar konturierten Grenzen zwischen Links und Rechts geht einher mit der örtlichen Entgrenzung von Politik jenseits des klassischen Nationalstaates. Der Mitgliederverlust der großen Parteien schreitet weiter voran. Während politische Partizipation in ihrer Intensität deutlich schichtenspezifisch ausfällt, stößt die repräsentative Demokratie bei der Umsetzung von Infrastrukturprojekten an ihre Grenzen.

Diskussionsbestimmend für die nachfolgenden Beiträge ist das Konzept der »sozialen Demokratie« – »ein anspruchsvolles Demokratiekonzept als Grundlage und Ausgangspunkt für die Demokratie-debatte in diesem Band« (S. 16). Demnach löst sich das Versprechen der Demokratie unter den Bedingungen gesellschaftlicher Chancen, Vertrauen, sozialer Sicherheit und Teilhabe der Bürger ein. Es ist die sozialstaatlich fundierte Demokratie, die ihren Bürgern »soziale Staatsbürgerrechte« (S. 19) garantiert. Dazu zählen die »Überwindung der sozialen Schichtung im Bildungssystem« (S. 20) genauso wie die Schaffung von Chancengleichheit. Wichtiger Agent der sozialen Demokratie ist der aktive Bürger. Daher ist es wenig überraschend, dass hier das ubiquitäre Wieselwort der »Zivilgesellschaft« fällt. In ihr sehen Mörschel und Krell »das stärkste, wirksamste und flexibelste Bindeglied zwischen der gesellschaftlichen Lebenswelt und der großen Politik sowie den Parteien« (S. 23).

Wolfgang Merkel und Alexander Petring thematisieren, wie sehr freiheitliche und pluralistische Partizipation die Voraussetzung für das demokratische Gemeinwesen ist. Waren es früher noch funktionstüchtige Volksparteien, so handelt es



sich heute vielfach um von der Gesellschaft abgekoppelte Kartellparteien (Otto Kirchheimer). Gerade bei der SPD haben »die Vernachlässigung der Parteiorganisation als Diskurs- und Beschlussarena und die Zuspitzung der Kommunikation auf den Bundeskanzler Gerhard Schröder tiefe Enttäuschungsspuren bei den Mitgliedern hinterlassen« (S. 108/109). Nur folgerichtig erscheint es, dass der Vorsitzende der SPD, Sigmar Gabriel, für eine »demokratische Gegenmacht« (S. 51) plädiert, um direkt legitimierte Politik gegenüber wirtschaftlichen und politischen »Einzelinteressen« (S. 51) zurückzugewinnen.

Frank Decker geht der Frage nach, ob in direkter Demokratie tatsächlich die geeignete Remedur für Leistungs- und Legitimationsdefizite der Demokratie zu finden ist. Sein Blick bleibt skeptisch. Während direktdemokratische Verfahren auf Landesebene fest etabliert sind, erscheinen die Instrumente direkter Bürgerbeteiligung auf Bundesebene eher fraglich. Gerade die Gesetzgebung durch das Volk führt zu »grundsätzlichen Vereinbarkeitsproblemen mit dem System der repräsentativen und parlamentarischen Parteiendemokratie« (S. 178). Sollte der Bund als aktiver Nachahmer direktdemokratischer Verfahren von sich Reden machen, liege darin ein »Kamineffekt«, der – je nach normativem Standpunkt – »entweder erhofft oder befürchtet« (S. 188) wird.

Trotz zum Teil anderslautender Befunde bilden »gesellschaftlich breit verwurzelte Mitglieder- und Programmparteien das Herzstück der Parteiendemokratie« (S. 124). Elmar Wiesendahl arbeitet heraus, worin die Spannungslinien zwischen nachlassender Parteiidentifikation und Unverzichtbarkeit parteiförmigen Engagements bestehen. Die Schwächung aller Parteien geht einher mit einem Wandel »hin zu verselbständigten, öffentlich finanzierten, semistaatlichen Serviceeinrichtungen für Berufspolitiker« (S. 137). Heute findet politische Beteiligung oftmals themenabhängig, zeitlich begrenzt und in organisatorisch kaum gefestigten Strukturen statt. Parteien muten vielfach wie »Organisationsdinosaurier« und »Ladenhüter« an (S. 139). Trotz langer Ketten von Organisations- und Parteireformen zur »Stärkung und Wiederbelebung der Parteiendemokratie von unten, [...] sind alle Reformen bislang gründlich gescheitert« (S. 148). Für Wiesendahl bleibt eine vitale Parteiendemokratie unverzichtbar: Die Aktivierung des Bürgers außerhalb starrer Organisationen ist ei-

nerseits zu begrüßen, doch als »Brücken- und Vermittlungsinstanz« (S. 159) sind Parteien andererseits unersetzbar. Die Alternative zu politischen Parteien liegt nicht in der exklusiven gesellschaftlichen Selbstorganisation, sondern in einer »entfesselten und verselbständigten Berufspolitikerherrschaft« (S. 150).

Demokratie lebt neben der permanenten Wahlmöglichkeit von der Erklärung politischer Absichten.

Dabei ist Kommunikation »nicht lediglich ein Appendix von Politik« (S. 310). Ulrich Sarcinelli beleuchtet die engen Wechselwirkungen zwischen Demokratie und Medien. Erst wenn Politik und Bürger in den Dialog treten, können eine »diskursive Verständigung und die Ermöglichung von kollektiven Lernprozessen« (S. 276) stattfinden. Politische Parteien zählen zu professionellen Akteuren mit hoher Medienkompetenz. Doch ist »in absehbarer Zeit« nicht damit zu rechnen, dass sich Parteien »vom Traditionsverein zur Event-Agentur« (S. 291/292) wandeln werden. Gerade auf der Policy-Ebene sind keine »übergreifenden Medialisierungsprozesse« zu beobachten; einige Politiksektoren lassen sich gar als »medienfern« (S. 295) beschreiben. Bestimmte Netzwerke oder »korporatistische Steuerungskartelle« haben kein Interesse an der Schaffung von Öffentlichkeit, sondern bevorzugen »eher diskrete Politikroutinen« (S. 295).

An etlichen Stellen des Buches werden die klassischen Schwachstellen einer Tagungsdokumentation sichtbar. Die einzelnen Beiträge stehen vielfach unverbunden nebeneinander. Auch das eingangs vorgestellte Konzept der »sozialen Demokratie« – eigentlich als thematischer Brückenschlag gedacht – schafft wenig Verbindungen. Der sehr breit angelegte Titel und Untertitel suggerieren beinahe eine Einführung in die Demokratieforschung der Bundesrepublik mit Lehrbuchanspruch. Stattdessen stößt der Leser auf sehr spezialisierte Einzelanalysen, wobei auch Redundanzen vorliegen. Thomas Grumkes Kapitel »Rechtsextremismus und Rechtspopulismus als Herausforderungen für die Demokratie« weist eine nur geringe Trennschärfe zu Marcel Lewandowskys Beitrag »Rechtspopulismus als Herausforderung für die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland« auf. Offen bleibt hingegen die Frage nach der Rolle des Deutschen Bundestages im System unserer repräsentativen Demokratie. Gern

würde man eine kritische Auseinandersetzung mit der vielfach vorgetragenen Behauptung lesen, ob die Rolle des Bundestages als agenda setter und policy entrepreneur tatsächlich immer weiter geschwächt wird. Völlig im Dunkeln steht schließlich das Wechselverhältnis zwischen nationalstaatlicher Demokratie und europäischer Ebene. Die Notwendigkeit zur weiteren Demokratisierung europäischer Politikverfahren findet an keiner Stelle Erwähnung. Als Resultat dieser Schwächen steht am Ende die Empfehlung an die Friedrich-Ebert-Stiftung, möglichst bald eine Nachfolgetagung zu organisieren und auf diese Weise zusätzliche zentrale Aspekte der Demokratie in den Blick zu nehmen.

Helge F. Jani

*Loretta NAPOLEONI: China – der bessere Kapitalismus. Was der Westen vom Reich der Mitte lernen kann; aus dem Englischen übersetzt von Karin Miedler und Hans Freundl, Zürich: Orell Füssli Verlag, 2012, 320 S., 19,95 €*

Um dem eigenen Anspruch gerecht zu werden, reicht es Loretta Napoleoni nicht aus, China zu beschreiben, es verlangt vielmehr, den Blick zugleich immer auch auf »den Westen« zu richten, und diese Zusammenschau gelingt Loretta Napoleoni fast durchwegs überzeugend. Sie hat eine radikal aufklärerische Schrift verfasst. Obwohl sie eine geradezu fanatische Apologetin der chinesischen Modernisierung ist, übergeht sie doch nicht deren Mängel. »Auch wenn wir diese Regierungsform nicht befürworten, auch wenn wir die Unterdrückung verurteilen, die in China im Namen des Fortschritts stattfindet, können wir doch nicht umhin, festzustellen, dass unsere eigene Demokratie immer öfter von denen missbraucht wird, die politische und wirtschaftliche Macht haben. Und wir sollten hoffen, dass auch unser Staat für uns sorgt, anstatt uns die ›Freiheit‹ zu lassen, die eigentlich eine Versklavung durch den Markt bedeutet. Das können wir von China lernen.« In dieser Passage sind Titel und Untertitel der Schrift komprimiert als Dialektik verschiedener Freiheiten illustriert.

China ist ein komplexes Universum, schwierig zu verstehen. Das gilt für die Gegenwart, weil es auch für die weithin unvertraute Geschichte, für die konfuzianisch geprägte Vergangenheit gilt.

Obwohl eine der ältesten Kulturen, galt China über Jahrzehnte, wenn nicht Jahrhunderte als Armenhaus schlechthin. Doch dann wurde China neu erfunden, ist zurückgekehrt an die Weltspitze, an der es historisch so lange gestanden hatte. Deng Xiaoping hat Maos permanente Revolution durch einen wirtschaftlichen Pragmatismus ersetzt, der auf Marx' Analyse der kapitalistischen Wirtschaftsweise beruht, zugleich jedoch hat der Kommunistischen Partei (KPCh) die politische Führung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft belassen; das ist Stärke und Schwäche in einem – »der chinesische Kommunismus ist Triumph und Schande des Marxismus gleichzeitig«.

Begonnen hat Chinas Aufschwung 1978, als Deng in Shenzhen in der Provinz Guangdong die erste Sonderwirtschaftszone einrichten ließ, um das Kapital ausländischer Investoren anzulocken. Shenzhen wurde so zum kapitalistischen Labor des kommunistischen China, in dem Deng einen von ihm modernisierten Marxismus testen ließ. Von diesem »kapitalistischen Kommunismus« profitierten anfangs vornehmlich »hässliche« auslands-chinesische Ausbeuter, die über das für das ökonomische Experiment notwendige Kapital verfügten. Sie waren breit, in diesem seit den Zeiten des Kalten Krieges unheimlich wirkenden Land das Wagnis von Investitionen einzugehen, ausgestattet mit sehr vielen Rechten und nur wenigen Pflichten. Seither hat China die »bemerkenswerteste Reduzierung der Armut in der Weltgeschichte« vollbracht, urteilt der ehemalige Vizepräsident der Weltbank, Nicholas Stern. Mit jahrelangen Wachstumsraten jenseits der Zehn-Prozent-Marke wurde nicht nur der Hunger überwunden, unter dem Chinas Massen zeitlebens zu leiden hatten, sie haben auch zu wachsendem Wohlstand einer allmählich entstehenden Mittelschicht geführt und sie machten China letztlich sogar zu einem der Motoren der Weltwirtschaft. Das Experiment, das China zur »Fabrikhalle der Welt« machte, war außergewöhnlich erfolgreich, brachte immensen Reichtum, vor allem natürlich dem ausländischen Kapital. Den vielen Millionen Wanderarbeitern aber, die in den küstennahen Regionen – häufig menschenunwürdige – Arbeit fanden, wenigstens ein bescheidenes Auskommen.

Die Ausbeutung der Arbeiter durch ausländische Kapitalisten schien eine absurde Strategie zu sein, das sozialistische System zu retten. Aber offenbar hat funktioniert, was Deng als neues Para-

digma formulierte: die Legitimation der KPCh vom Wohlstand des Volkes, von einem wirksamen Sozialpakt zwischen Partei und Bürgern also, abhängig zu machen. Die gegenwärtige (zweite) Phase der industriellen chinesischen Revolution orientiert sich nun schon weniger am Export als vielmehr an der Modernisierung des eigenen Landes, damit alle ihren Anteil erhalten sollen, und zwar mit eigenem Kapital, über das China in reichem Maß verfügt. Inzwischen bewege China sich auf eine »klassenlose Gesellschaft« zu; das scheinbar paradoxe Begriffspaar Kapitalismus und Kommunismus sei in Wirklichkeit »eine glückliche Verbindung, von Marx gesegnet« – der »bessere Kapitalismus« eben, so die Autorin. Auf eine an Deng gerichtete Frage Helmut Schmidts, ob er Kommunist sei oder doch eher Konfuzianer, antwortete der ironisch mit »so what« – solcher Pragmatismus bewirkte das »chinesische Wirtschaftswunder«, das sich kaum in die dem Westen vertrauten Formeln zwängen lässt.

China ist tatsächlich schwer zu verstehen. Deswegen ungeachtet gilt auch dort, dass zuerst das Fresken kommt und dann (vielleicht) die Moral, wie Bertolt Brecht es einmal zuspitzte, oder modernisiert, den Chinesen war die Freiheit von materieller Not wichtiger als digitale Freiheit. Das kommunistische Regime Chinas habe deshalb genau das geduldet, was alle bisherigen kapitalistischen Systeme praktizierten. Mit dem gravierenden Unterschied allerdings, dass die Arbeiterklasse durch den impliziten Sozialvertrag vom Mehrwert profitiere: Der Staat ist in erster Linie dazu da, für das Wohl der Bürger zu sorgen; das erinnert sehr an die Postulate Johann Gottlieb Fichtes. Vor allem deshalb sei die Präsenz des Staates in der Wirtschaft genauso wichtig wie etwa in der Außenpolitik.

Die KPCh wird so zum Deuter des Gemeinwillens, und dieses Prinzip zu akzeptieren, falle den Chinesen wahrscheinlich nicht schwer. Die Legitimität der chinesischen Diktatur des Proletariats beruhe auf der Volkstümlichkeit der Revolution, die einen allgemeinen Willen der Menschen zum Ausdruck brachte. Die Revolution war eine Massenbewegung; sie war für die Chinesen eine demokratische Revolution, wenn auch nicht im westlichen Verständnis. Deshalb haben die Chinesen auch kein Interesse, die westliche Form von Demokratie zu imitieren: sie passe nicht zur chinesischen Realität, und sie sei auf Dauer auch nicht erfolgreich.

Der Kapitalismus »made in China« verwendet alles was funktioniert; er ist deshalb flexibler und aktueller als die neoliberale Version des Westens. Die Erfahrung hat den Chinesen gezeigt, dass die Wirtschaft besser funktioniert, wenn die Kontrolle in den Händen derer bleibt, die so weit wie möglich die Interessen des Volkes vertreten. Das sei der Grund dafür, dass in China ein Kommunismus herrscht, der wirtschaftlich erfolgreich ist. Die Chinesen seien dadurch freier geworden und es gehe ihnen weit besser als vor zwanzig Jahren. Sie kommen auf ihrem Weg gut voran, der Westen dagegen ist mit seinem neoliberalen Mantra, dass der Markt die Wirtschaft besser reguliere als Regierungen, aus der Spur geraten.

Ob Loretta Napoleoni heute noch so optimistisch ist, wie ihre Apologie suggeriert, mag angesichts der häufiger als anderswo in der Welt protestierenden Menschen, denen sich Chinas Führung oft direkt konfrontiert sieht, offen bleiben. Mit ihrer provozierenden Sicht steht sie aber jedenfalls nicht allein. Der in dieser Frage eher unverdächtige frühere Bundeskanzler Schmidt mag dafür als Zeuge stehen. Ihr häufig sehr ärgerlicher Blick hinter die Kulissen sowohl des westlichen Kapitalismus wie des chinesischen »Kapi-Kommunismus« kann aber bestimmt dazu beitragen, die ideologisch bedingten Verunglimpfungen des Reichs der Mitte wenigstens etwas zu korrigieren und die westliche Überheblichkeit zu relativieren.

Dabei ist die Autorin keineswegs so naiv, die chinesische Realität, die Mängel, Versäumnisse und Fehler, zu verkennen. Nach wie vor gibt es ungerechte Bezahlung, schlechte Arbeitsbedingungen und Armut; es bestehen ungenügende Möglichkeiten zur Teilnahme, es fehlt an Freiheiten, dafür grassiert Korruption, die Kriminalität ist gravierend und die zahlreichen Umweltprobleme geraten zunehmend außer Kontrolle. Der neue KPCh-Chef, Xi Jinping, sieht sich vor drängende Aufgaben gestellt. Gleichzeitig relativiert Napoleoni diese Mängel wieder, einerseits mit Verweis auf die erst kurze Dauer der Modernisierung, andererseits mit einem Vergleich zu den Verhältnissen in den westlich-kapitalistischen Ländern. Diese Staaten befänden sich politisch, ökonomisch, sozial und in ihrer weltpolitischen Bedeutung auf dem absteigenden Ast, China aber habe zukünftig alle Chancen auf seiner Seite, nicht nur ökonomisch, nicht nur bei der Lösung der skizzierten Mängel, sondern auch als Vorbild für die ganze

Dritte Welt. Der Staat, im Westen weithin entmachtet, bilde – in Form der Partei, aber auch des historisch-ideellen Überbaus – noch das Rückgrat Chinas, schaffe dabei aber allmählich die Bedingungen für sein »Absterben« – diese Aussicht bildet letztlich den Grund, China als kommunistisches Land bezeichnen zu dürfen.

Napoleoni ist eine insgesamt lesenswerte und auch erhellende Arbeit gelungen. Allerdings hätte die Autorin gut daran getan, ihre »Objektivierung« etwas systematischer zu gestalten. Auch hätte sie auf Nebensächlichkeiten zugunsten einer deutlicheren Darstellung vor allem des Bankensystems, dem zentrale Bedeutung zukommt, sowie des Welthandels verzichten können. Letzteren hat sie fast unbeachtet gelassen, obwohl er für Chinas Aufstieg unabdingbar war und ist. Auf jeden Fall aber hätte sie darauf achten sollen, dass ihre auf italienisch verfasste Schrift nicht zuerst ins Englische und von dort dann ins Deutsche übersetzt wird – das hätte nicht geholfen, Fehler zu vermeiden, sondern gewiss auch der Verständlichkeit gedient.

Benrd M. Malumat

Stefan PLAGGENBORG: *Ordnung und Gewalt. Kemalismus – Faschismus – Sozialismus*, München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag, 2012, 436 S., 39,90 €

Zunächst ist zu sagen, dass der Titel irreführend ist, insofern die im Untertitel genannten »drei real existierende[n] Regime« sowohl regional als auch zeitlich stark begrenzt miteinander verglichen werden. (S. 9) Intensiv werden fast ausschließlich nur die Vorgänge in der Türkei, in Italien und in der Sowjetunion, und zwar restringiert auf die Zeit zwischen dem Ende des Ersten und dem Ende des Zweiten Weltkriegs behandelt. Ziel des Buchs ist es, unter dieser sehr eng dimensionierten Perspektive (S. 25) einen »Vergleich als Dreiecksgeschichte autoritärer Regime« zu leisten. (S. 11) Das Interesse ist daher *a limine* geschichtlich/historisch begrenzt und weist kaum politisch-aktuelle Bezüge auf. Der übergeordnete Aspekt von »Ordnung und Gewalt« wird nicht zu einer allgemein regimekritischen Reflexion genutzt. Er wird vielmehr allein in Hinblick auf die drei konkreten, synchron (zur selben Zeit), aber (so die These) »parallel«, in unterschiedlichen Regionen sich ereignenden

»Verläufe« (S. 25) des »Kemalismus in der Türkei«, des »Faschismus in Italien« und des »sozialistischen Sozialismus« unter den bereits genannten Restriktionen nachgezeichnet bzw. freigelegt. (S. 9) Dies geschieht jedoch überaus fundiert, auf Grundlage sehr detaillierten, und zwar sowohl türkischen als auch italienischen und sowjetrussischen Quellenstudiums und -befunds.

Der Aufbau der Arbeit ist stringent und kohärent, insofern zunächst die »Verwandtschaft«/*Familienähnlichkeit* der drei Regime *in principe* unter Bezug auf das Leitthema Ordnung und Gewalt herausgearbeitet wird (Kap. 1) und die Regime sodann in Hinsicht auf die drei für sie konstitutiven Phasen der Entstehung (Kap. 2), der Formierung/Etablierung (Kap. 3) und ihrer möglichen/tatsächlichen Überwindung (Kap. 7) untersucht werden. In diese historisch orientierte Gliederungssystematik sind drei andersgeartete, eher politisch-sozial-soziologisch orientierte Hauptkapitel eingelassen, die sich mit Einzelaspekten von Diktaturen im allgemeinen, nämlich dem Verhältnis von Führern, deren »Führerkulte[n]« und Geführten (Kap. 4), den »Dynamiken der Repression« (Kap. 5) und dem Bezug von »Staat und Religion« (Kap. 6) im Besonderen beschäftigen. Trotz dieser insgesamt eher generalistischen Sichtweise stehen (mit Einschränkung von Kapitel 4) vor allem die jeweiligen regimehaften (Einzel-)Ausprägungen im Mittelpunkt der Diskussion, wobei auffällt, dass das faschistische Regime im Gegensatz zu den anderen Regimen direkt benannt wird: Kapitel 5.2 geht auf »Faschistische Pogrome« ein; Kapitel 6.3 steht unter der Überschrift »Kirche und faschistischer Staat«. Allein Kapitel 4 enthält in den Bezeichnungen seiner Unterkapitel (»Herkunft und Karrieren«, »Aufstiegsmilieus«, »Chuzpe statt Charisma« und »Tote Führer«) keinerlei Verweis auf die bzw. eines der drei untersuchten Regime. Der Begriff »Faschismus« bezeichnet dabei stets das italienische Modell. Denn Plaggenborg untersucht prinzipiell nur »die Originale«, nicht die »Kopien« (S. 24).

Ausgangspunkt der Arbeit ist die – wohl unstrittige – Unterstellung, dass »Nationalismus, Pogrome, Deportationen, Einparteienherrschaft, Personenkult [...] geläufige Erscheinungen des europäischen 20. Jahrhunderts« waren. (S. 15) Dementsprechend zielt die Arbeit darauf ab, Identität und Differenz der drei Untersuchungsgegenstände, genauer der drei »parallel« ablaufenden Prozes-

se diesbezüglich herauszuarbeiten. Dabei kommt es Plaggenborg nicht darauf an, dass *ex post* betrachtet alle Details »korrekt wiedergegeben worden« sind, sondern vielmehr darauf, dass »der Gesamtzusammenhang stimmig ist« (S. 18). Letzteres ist dem Autor unter zwei Einschränkungen gelungen. Zum einen wurden die drei Regime nicht völlig gleichwertig behandelt: »Mal steht Italien mehr im Zentrum, mal die Sowjetunion, immer aber die Türkei« (S. 33). Zum andern können die drei Regime ohnehin nur bedingt isoliert und ohne Bezug auf andere, weitere syn-, aber auch diachrone Entwicklungen betrachtet werden.

Die Verwendung des Begriffs »faschistisch« (nicht aber die der Begriffe »kemalistisch« und »sozialistisch«) in den Unterkapiteln könnte ein Hinweis darauf sein, dass Plaggenborg Mussolinis Faschismus als Vergleichsgrundlage wählte. Dies wird durch den Gesamteindruck des Buchs verstärkt: Die Geschichte Mussolinis und seiner faschistischen Bewegung scheint am stringentesten nacherzählt zu sein. Zumindest teilweise hängt dies natürlich damit zusammen, dass der italienische Faschismus mit Mussolini weit stärker eine Einheit bildete als der Kemalismus mit Atatürk und der sowjetische Sozialismus mit Lenin und/oder Stalin. Insbesondere die Umbrüche/Verwerfungen in der Übergangszeit von Atatürk zu İnönü in der einen und von Lenin zu Stalin (vs. Trotzki, etc.) in der anderen *Geschichte* sind nur vage beschrieben. Zudem ist der Faschismus dadurch exponiert, dass zumindest der Kemalismus faschistische Bezüge (u.a. im Strafrecht) aufweist (S. 145). Letzteres steht freilich im Gegensatz zum nur 20 Seiten weiter formulierten Vorhaben: »Es ist an der Zeit, den Kemalismus endgültig von jedem Faschismus-Verdacht zu befreien« (S. 165). Die wohlwollende Betonung des Sonderwegs Türkei wiederum dürfte vor allem dadurch motiviert sein, dass sich die »kemalistische Diktatur« – im Gegensatz zu den beiden anderen Regimen – »friedlich und in fairen und freien Wahlen zu einem Mehrparteiensystem« wandelte und »der Demokratie die Chance [gab], die woanders mit Hunderttausenden oder gar Millionen von Toten bezahlt [...] werden musste« (S. 352).

Der Bezug von Faschismus und Kemalismus zeigt zudem, dass die Auffassung, das Konstrukt der »synchrone Parallelität« problematisch ist. Die drei Regime entwickeln sich zwar weitgehend eigendynamisch, aber eben nicht völlig isoliert

voneinander, sondern in mancherlei Hinsicht auch in Korrelation zueinander. Es ist gerade ein Verdienst der Studie, dass der Begriff der »Parallelität« in den diskursiven Teilen der Arbeit nicht konsequent verfolgt wird. Zumindest das wechselseitige Reflektieren der drei »Originale« unter- und miteinander wird im Buch eigens thematisiert. Gleichwohl ist kritisch zu fragen, ob und inwiefern nicht auch die »Kopien« (beispielsweise der deutsche Faschismus in Gestalt des Nationalsozialismus) und sonstige Entwicklungen Einfluss auf die »Originale« genommen haben und folglich in der Arbeit mit zu berücksichtigen wären.

Gleichwohl zeitigt der Vergleich der drei Regime einige wichtige weitere Erkenntnisse. Insbesondere gelingt es Plaggenborg zum einen, die dualistisch-antagonistische Sicht von Gesellschaft in den drei Regimeverläufen aufzuweisen und in den je Regimeverlauf unterschiedlichen Sequenzen herauszuarbeiten. Gemeinsam ist den Regimen der Kampf »wir« oder »sie« und die dieser Sicht entsprechende Tendenz zur (ggf. gewaltsamen, zum Teil skrupellosen) Durchsetzung von – sei es nationaler oder klassenbewußter – Homogenität als Ordnungsprinzip. (insbes. S. 94) Der Faschismus ist dementsprechend kein Sonderweg. Zwar strebt Mussolini »die Einigkeit aller Klassen« an, (Mussolini zitiert auf S. 103) gleichwohl grenzt er sich gerade dadurch von all denen ab, die diese »Synthese« eben nicht wollen und gegen die er gewalttätig vorgeht. Zum anderen ist die Entzauberung des von Max Weber geprägten Begriffs der »charismatischen Herrschaft« als eines der drei Idealtypen von Herrschaft verdienstvoll. (S. 178 ff.) Aufgrund der sehr unterschiedlichen Selbst- (und Fremd-)Inszenierungen von Mussolini, Atatürk, Lenin und Stalin schließt Plaggenborg, dass zumindest der Führerkult um die untersuchten Personen »nicht [auf deren...] Charisma, sondern Chuzpe« (S. 207), d. h. auf »Frechheit und Dreistigkeit« von willkürlicher Attribution beruht (S. 207).

Fazit: Plaggenborg ist ein sehr anregendes Buch gelungen. Der Bezug von Ordnung und Gewalt wurde für die drei miteinander verglichenen Regimen nicht so sehr hinsichtlich der Gemeinsamkeiten, dafür aber umso mehr mit Blick auf die Unterschiede und Widersprüche deutlich herausgearbeitet. Es ist zu wünschen, dass die Arbeit dazu anregt, sich stärker mit vergleichssystematischen Fragen zu beschäftigen, die begonnenen Ver-

gleichsstudien zu erweitern und zu vertiefen und die Erkenntnisse für weitere idiographische Darstellungen zu nutzen.

Georg Simet

*Pierre ROSANVALLON: Die Gesellschaft der Gleichen. Aus dem Französischen von Michael Halbrodt, Hamburg: Hamburger Edition, 2013, 384 S., 33 €*

»Als System gedeiht die Demokratie in dem Augenblick, da es mit ihr als Gesellschaftsform bergab geht« (S. 9). Mit diesem Satz beginnt Pierre Rosanvallon, Professor für Neuere und Neueste Politische Geschichte am Collège de France, sein Buch *Die Gesellschaft der Gleichen*. Er geht damit von einem Auseinanderdriften von einerseits der Anerkennung gleicher Grundrechte für die Bürger und andererseits der Erosion der sozialen Gleichheit der Bürger aus: »Während die politische Bürgerschaft sich auf dem Vormarsch befindet, schwindet sie als soziale Körperschaft dahin. Dieser Riss, der durch die Demokratie geht, ist das herausragende Faktum unserer Zeit und birgt die größten Gefahren. Sollte er sich vergrößern, könnte das demokratische System selbst am Ende ins Wanken geraten. Die Zunahme der Ungleichheiten ist zugleich Indikator und treibende Kraft dieser Entwicklung« (S. 9). Demokratie kann in der Tat nicht nur von außen, sondern auch von innen heraus einem Auflösungsprozess seiner sozialen Grundlagen ausgesetzt sein. Genau diese Problemwahrnehmung macht Rosanvallons Arbeit bedeutsam. Entsprechend seines beruflichen Hintergrundes als Historiker nähert er sich dem Thema nicht über eine aktuelle, sondern über eine geschichtliche Perspektive. Dabei fällt sein Blick zunächst auf »Die Erfindung der Gleichheit« (S. 21), wofür vor allem Entwicklungen im Kontext der Amerikanischen und Französischen Revolution verantwortlich gemacht werden. Sie hätten in Fortsetzung von aufklärerischen und christlichen Prägungen den Weg für eine gesellschaftliche Umsetzung egalitärer Prinzipien auch über die Grundsätze Ähnlichkeit, Staatsbürgerschaft und Unabhängigkeit gebahnt. Der Autor idealisiert hier nicht und verweist sehr wohl auf die Koexistenz von Gleichheit und Rassismus in den damaligen USA. In den beiden folgenden Jahrhunderten habe es dann »vier große Entwürfe zur Neubestimmung

des Gleichheitsideals« (S. 107) gegeben: die liberal-konservative Ideologie, den utopischen Kommunismus, den Nationalprotektionismus und den konstitutiven Rassismus.

Das 20. Jahrhundert deutet Rosanvallon dann als »Das Jahrhundert der Umverteilung«, wofür etwa der Aufbau von Versicherungsmechanismen, die Errichtung von Verfahren kollektiver Vertretung von Arbeiterinteressen und die Einführung der progressiven Steuer stünden. Er meint in diesem Kapitel aber auch: »... das NS-Regime legitimierte sein Handeln im Namen einer zwar pervertierten, aber theoretisch exakt begründeten Auffassung von Gleichheit« (S. 234). Hier arbeitet der Autor mit einem Gleichheitsverständnis, das mehr an der ethnischen und politischen Homogenität und weniger an der sozialen und wirtschaftlichen Verteilungsregelung orientiert ist. Dabei geraten ihm aber die Dimensionen durcheinander. Danach vollzieht Rosanvallon den Sprung in die Gegenwart, wofür er eine »Gesellschaft der Singularität« (S. 259) und eine »totale Konkurrenzgesellschaft« (S. 286) konstatiert. Die Idee der radikalen Chancengleichheit trage – und diese Argumentation verdient genaue Beachtung – nicht zur »Erneuerung des Gleichheitsgedankens« (S. 299) bei. Am Ende skizziert der Autor im Sinne eines Entwurfs die theoretischen Grundlagen einer Gesellschaft der Gleichen: »... ist aufgekündigte Reziprozität die Ursache sozialen Misstrauens und folglich des Widerstandes gegen eine solidarische Entwicklung, so ist ihre Wiederherstellung die vordringlichste Aufgabe« (S. 326). Er macht in diesem Kontext auch darauf aufmerksam, dass keinesfalls ein Gegensatz von Freiheit und Gleichheit bestehe, es handele sich eher um den Ausdruck »einer notwendigen Gegenseitigkeit« (S. 349). Allgemein sei eine »Renationalisierung der Demokratien (verstanden als Stärkung des Zusammenhalts ihrer Angehörigen in Verbindung mit ihrer Wiederaneignung des Politischen)« (S. 354) notwendig. Diese Formulierung darf man nicht im Sinne einer Ethnisierung des Politischen falsch verstehen. Gleichwohl verdient schon Kritik, dass je näher der Historiker Rosanvallon in seiner Darstellung der Gegenwart kommt, je mehr mangelt es an Klarheit und Präzisierung. Sein Problemaufriss und seine Reflexionen bleiben indessen aktuell und lesenswert.

Armin Pfahl-Traugher

Stefano SARACINO: *Tyrannis und Tyrannenmoder bei Machiavelli*. München/Paderborn: Wilhelm Fink, 2012, 475 S., 59 €

Anlässlich des 500jährigen Jubiläums des *Principe* (verfasst 1513) ist ein zunehmendes Interesse an Machiavelli zu beobachten. Dies zeigen nationale und internationale Tagungsaktivitäten ebenso wie kürzlich erschienene Monographien (siehe etwa Erica Benner: *Machiavellis Ethics*, Princeton 2010 oder Volker Reinhardt: *Machiavelli: oder die Kunst der Macht*, München 2012). In diesen Trend ist auch Stefano Saracino knapp 480 Seiten schwere Monographie *Tyrannis und Tyrannenmoder bei Machiavelli* einzureihen. In der deutschen Politikwissenschaft, aber auch in der Geschichtswissenschaft galt die Causa Machiavelli lange als geklärt. Die Philosophie hat sich seiner in den letzten Jahrzehnten hingegen nur ungern angenommen. (So findet sich keine Erwähnung Machiavellis etwa in den *Klassikern der Philosophie* von Otfried Höffe oder in den 2007 erschienen *Lectures on the History of Political Philosophy* von John Rawls, siehe Otfried Höffe: *Klassiker der Philosophie*, 2 Bde., München 1994; John Rawls: *Geschichte der politischen Philosophie*, Frankfurt a. M. 2008. Allenfalls Wolfgang Kerstings Einführung in Machiavellis Denken wäre hier zu nennen, siehe Wolfgang Kersting: *Niccolò Machiavelli*, München 1988.)

Das Neue an Machiavelli, sein Beitrag zum Umbruch zur Neuzeit steht im hiesigen Wissenschaftsdiskurs im Vordergrund. Machiavelli gilt als Begründer der politischen Theorie (Herfried Münkler) und als diskursgeschichtliche Referenzgröße im aufkommenden Staatsdenken der Frühen Neuzeit (Michael Stolleis, Wolfgang Reinhard). Dieser Standpunkt hat Tradition in Deutschland. Er ist nicht unbeeinflusst von den – auch international wirkungsmächtigen – Machiavellistudien deutscher oder deutschstämmiger Autoren wie Friedrich Meinecke, Gerhard Ritter oder Leo Strauss, deren modernistische Machiavellideutung von den Ereignissen der Weimarer Krise, des Totalitarismus und des Weltkriegs gezeichnet ist. Der Gemeinplatz der antimachiavellistischen Rezeptionsgeschichte, wonach Machiavelli als Berater tyrannischer Herrscher oder gar als Begründer einer tyrannischen Herrschaftslehre aufzufassen ist, taucht daher auch im Machiavellidiskurs der Kriegsgeneration auf, prominent bei Leo Strauss und Dolf Sternberger. Die Emanzipation des Ty-

rannen und tyrannischer Herrschaftspraktiken, die auf die Entstehung der neuzeitlichen Staatsgewalt und ihrer moralischen Neutralität verweise, gilt als eines der Hauptleistungen Machiavellis.

Saracinos Monographie greift diese Position an und fragt nach dem begriffsgeschichtlichen und systematischen Stellenwert des Begriffs »Tyrannis« im Werk des Florentiners. Erfrischend ist – vor dem Hintergrund der eben beschriebenen Machiavelliexegese –, dass Saracino in Anlehnung an die Cambridge School die Kontinuitäten in Machiavellis Denken und deren Kontextualisierung ebenso wie die Innovationen in den Blick nimmt. So widmet er der Analyse von Machiavellis Anknüpfung an den genuin florentinischen Republikanismus und an traditionelle Lehren von der Tyrannis (im Aristotelismus, im neuromischen republikanischen Denken, in der rechtstheoretischen Tradition von Bartolus) eigene Kapitel. Saracino stellt heraus, dass Machiavellis *Principe* im 16. und 17. Jahrhundert als Bartolus-Plagiat galt (Gentillet, Bayle). Die Bruchstellen zum traditionellen Tyrannis- und Widerstandsdiskurs verortet Saracino in der Dekonstruktion des Fürstenspiegels und seiner stoisch-christlichen Herrschaftsmoral (Kap. I), aber auch in der Ablehnung der ethischen Zielstellungen der Politik in der Tradition des Aristoteles. Saracino veranschaulicht die ambivalente, gleichermaßen ablehnende wie anknüpfende Beziehung zur aristotelischen Tradition anhand der intertextuellen Beziehung zwischen dem *Principe* und den Kapiteln zur Alleinherrschaft in Aristoteles' *Politik* (Buch V 10 und 11) ebenso wie zu Xenophons Traktat über die Tyrannis (Kap. II). Dass Machiavelli sich in seinem Lob des römischen Ständestreits – zumindest ein Stück weit – vom Gebot zur Bürgereintracht abwendet, hat für Saracino (der hierbei an Skinner anknüpfen kann) erhebliche Auswirkungen auf seinen Republikanismus und allgemein auf sein Verständnis von Politik (Kap. III. 2). Galt in der Tradition die Zwietracht in der Bürgerschaft als Vorbote und Ursache der Entstehung tyrannischer Regierungen, ist der Antagonismus zwischen den Großen (*grandi*) und dem Volk (*popolo*) für Machiavelli eine entscheidende Voraussetzung für die Bewahrung der politischen Freiheit und für den Erfolg eines Gemeinwesens.

Ein gesonderter Abschnitt setzt sich mit Machiavellis Reflexionen über die Rolle von Gründern neuer politischer Ordnungen (in Machiavellis

Sprachgebrauch die *ordinatori, latori di legge* und *reformatori*) auseinander, die noch in der Figur des *législateur* bei Rousseau nachhallen (Kap. IV). Die geschichtstheoretische Beurteilung von Staatsgründern wird als ein Aspekt herausgestellt, der die Verschiebungen in Machiavellis Tyrannisbegriff besonders gut dokumentiert. Der Begriff der Tyrannis gerate hierdurch in Konflikt mit der aristotelischen Staatsformenlehre, erhalte aber auch eine neue ethische Bedeutung. Das Verhältnis zur Lehre vom Tyrannenmord, die im florentinischen Humanismus unter den Eindrücken der entstehenden Medici-Herrschaft eine neue Blüte erreicht, untersucht Saracino anhand von Machiavellis Kapitel über die Verschwörungen (*Discorsi* III/6). Dabei hebt er besonders die Einbettung des Kapitels in die Auseinandersetzung mit der Abschaffung der Monarchie im alten Rom (*Discorsi* III/1-8) hervor sowie die Rezeption des Kapitels bei republikanisch gesinnten Autoren im Florenz der 1520er (Kap. V). Kap. VI untersucht die Nähe zur antiken Thymotik sowie die an Platon und Thukydides inspirierte Beschäftigung des Florentiners mit der schillernden Figur des Alkibiades, um die thymotischen Wurzeln von Machiavellis Tyrannisbegriff herauszustellen.

Zu den Stärken und der Innovativität von Saracinos Arbeit zählt vor allem, dass sie die semantischen Kontinuitäten ebenso wie den semantischen Wandel des Begriffs »Tyrannis« anhand dessen Verwendung in Machiavellis Werk untersucht. Wo Strauss und Sternberger die Aufmerksamkeit auf das verdächtige Fehlen des Begriffs in Machiavellis *Principe* lenken, unterzieht Saracino die zahlreichen Okkurrenzen des Begriffs in den anderen Hauptwerken (*Discorsi, Istorie Fiorentine, Arte della Guerra*), aber auch in Machiavellis Dichtung erstmals einer sorgfältigen Analyse. Er kommt zu dem Schluss, dass Machiavelli einen »antitraditionellen Tyrannisbegriff« besitzt, der als Grundbegriff der Politik – im Gegensatz etwa zu Hobbes – zwar noch nicht ausgedient hat, jedoch zahlreiche Bruchstellen gegenüber dem überkommenen Verständnis der Tyrannis aufweise (S. 435ff.). Diese Sichtweise erlaubt es Saracino, Vorbehalte gegenüber der neorepublikanischen Vereinnahmung des Florentiners in der Cambridge School auszusprechen.

Diskutabel erscheint an Saracinos Machiavellideutung, dass sie gelegentlich das Innovationspotential Machiavellis unterschätzt. Seine Bedeutung

für die theoretische Begründung des Staates scheint eher gering veranschlagt zu werden (S. 30, 101). Die an Leo Strauss und Peter Sloterdijk angelehnte, platonisierende Interpretation Machiavellis als »Thymotiker« und als antikommerziellen Denker nimmt im Buch bisweilen obsessiven Charakter an. Die sich hierin widerspiegelnde Polemik gegen die heute bestehende Wirtschaftsordnung und aktuelle Problematiken, die aus ihr erwachsen, ist nicht zu überhören. Mag es aus historischer Sicht fragwürdig sein, ob Machiavelli die Rolle des Kapitalismuskritikers passt, so zeigt diese Frage doch, dass Machiavelli ein politischer Denker ist, der auch fünf hundred Jahre nach der Komposition seines *Principe* mühelos ins Gespräch gebracht werden kann und weiterhin hochaktuell ist.

Manuel Knoll

Georg S. SCHNEIDER, Alois Mertes (1921 – 1985). *Das außenpolitische Denken und Handeln eines Christlichen Demokraten*, Düsseldorf: Droste, 2012 (*Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte*, 61), 571 S., 49 €

Zu den außergewöhnlichen Gestalten der deutschen Politik der späteren Nachkriegsjahre zählt ein Mann, der mehr als viele andere – darunter auch solche mit Namen, die uns heute geläufiger geblieben sind – Zeitgeschichte schrieb: Alois Mertes. Im Jahr 1921 geboren, erlitt er während einer Rede 1985 einen schweren Schlaganfall, drei Tage später riss ihn der Tod allzu früh aus dem Leben. Wer ihn kannte und mit ihm zu tun hatte, erinnert sich noch heute an seinen Wahlspruch, mit dem er sich als Bundestagsabgeordneter vorzustellen pflegte: »Alois Mertes, zuständig für Eifel- und Weltpolitik«. Der Grund dieser Selbstauskunft lag darin, dass der weltläufige Mertes, anerkannter Fachmann für internationale Politik, ab 1972 als Abgeordneter im Deutschen Bundestag den stark ländlich geprägten Eifelwahlkreis, in dem auch seine Geburtsstadt Gerolstein liegt, vertrat – seinem, wie er halb im Scherz, halb im Ernst im Blick auf manche Scharmützel mit Freunden und Gegnern sagte, einzigen Vorgesetzten. Mit diesem Hinweis deutete er, der zuvor so lange weisungsgebundener Diplomat war, an, dass die Freiheit des Abgeordneten, anders zu denken und zu entscheiden als die Mehrheit auch der eigenen Freunde, ein unverrückbares Gut ist.



Schon diese also keinesfalls nur flapsig gemeinte Bemerkung über den nur seinem Gewissen und den Wählern rechenschaftspflichtigen Abgeordneten sagt viel über den Charakter und das Naturell dieses Mannes. Er war ein unabhängiger, ja unbeugsamer Geist, für den es immer entscheidend war, das zu tun, was er als richtig erkannt hatte. Seiner Arbeit als Bundestagsabgeordneter waren zuvor zahlreiche eindrucksvolle berufliche Tätigkeiten vorausgegangen: 1945 aus britischer Kriegsgefangenschaft entlassen, studierte Mertes zunächst in Bonn und später auch an der Sorbonne in Paris Französische Philologie, Geschichte und Philosophie, promovierte über die französische Rheinpolitik und trat 1950 in den diplomatischen Dienst ein. Seine besondere Aufmerksamkeit galt schon in Jugendtagen philosophisch-theologischen wie politisch-historischen Themen. Daran sollte sich bis zum Ende seines Lebens nichts ändern. Er schöpfte aus einer tiefen Kenntnis historischer und kultureller Zusammenhänge, die seinen Vorschlägen und Stellungnahmen nicht zuletzt in den Augen seiner politischen Kontrahenten mit gutem Grund stets ein besonders Gewicht verliehen.

Nach diplomatischen Stationen in Marseille und Nicosia arbeitete Mertes von 1958 bis 1963 an der deutschen Botschaft in Paris, bis er dann 1963 als Politischer Referent an die Botschaft in Moskau wechselte. Am 2. Januar 1966 wies ihn die Sowjetunion außer Landes; seine Geradlinigkeit war den Machthabern ein Dorn im Auge. Mertes sprach fließend moselfränkisch, heute noch die Sprache der Luxemburger, oft auch in Telefonaten. Das nun stellte die Sowjets, deren Geheimdienst solche Gespräche abhörte, aber mangels Kenntnis dieses Dialekts nicht zu übersetzen vermochte, vor unüberwindliche Probleme und erzeugte im Gastland tiefes Misstrauen. Die Neigung, sich auch als Diplomat klar und unmissverständlich auszudrücken, missfiel nun wiederum nicht nur dem Obersten Sowjet, sondern auch dem damaligen Bonner Außenminister Gerhard Schröder. Die Zeit der westlichen Détente war angebrochen, und so war man darauf bedacht, keine Missklänge im Verhältnis zu den Russen aufkommen zu lassen. Im Nachhinein war dieser Krach für Mertes, der zunächst einen Knick in seiner Laufbahn mit sich brachte, ein Glücksfall: Denn nach Bonn zurückgekehrt, arbeitete er im Bereich Abrüstung und Sicherheit, beschäftigte sich also im Auswärtigen Amt mit je-

nen Fragen, die ihn dann ab 1971 als Politiker – zunächst von Helmut Kohl als Staatssekretär in der Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz berufen, ab 72 dann als Bundestagsabgeordneter und schließlich ab 1982 als Staatsminister im Auswärtigen Amt und Mitglied der Bundesregierung – bis zu seinem Tod vorrangig beschäftigen sollten.

Es waren dies anderthalb Jahrzehnte, in den die Außenpolitik eine überragende Rolle spielte: die Zeit nach den Ostverträgen, als manche hoffnungsgeschwängerten Blütenräume jede nüchterne Einschätzung einer möglichen Entspannung im Verhältnis zwischen den Blöcken der damals noch bipolaren Welt überlagerten. Kurz nach seinem Einzug in den Deutschen Bundestag – maßgeblich bewerkstelligt durch den damaligen Vorsitzenden seiner Partei im Bezirk Trier, Heinrich Holkenbrink – galt Mertes als »der« Außenpolitiker der Union. Nur Gründe der Koalitionsarithmetik verhinderten nach dem Regierungswechsel 1982 seine Berufung zum deutschen Außenminister. Aber seine Handschrift war in der deutschen Außenpolitik seit den 70er Jahren unverkennbar.

Es lohnt sich, diesen Mann – und sein Denken – vergegenwärtigend vor Augen zu führen. Auch deshalb ist die Arbeit von Georg S. Schneider so verdienstvoll, weil sie die Breite wie die Tiefe dieses Denkens zu erfassen sucht. Es war Mertes, der zum Beispiel die Lebensgeschichte des »Heiligen Doktors von Moskau«, Friedrich Joseph Haas, dem Vergessen entrissen hat – und sich dadurch bei den Russen bis heute großes Ansehen erwarb. Haas war ein 1780 in Münstereifel geborener Arzt, der als berühmter Arzt in Moskau zu höchstem Ansehen und großem Reichtum fand, sich um die Ärmsten der Armen, die Strafgefangenen und Eingekerkerten, Entrechteten und Notleidenden kümmerte, unter anderem als oberster Arzt aller Gefängnispspitäler, immer wieder rechtsstaatliche Verfahren für Verfolgte und Beschuldigte einfordernd, und seinen ganzen Besitz den Armen verschenkte, bevor er 1853 im Ruf der Heiligmäßigkeit starb. Noch heute wird sein Grab in Moskau in Ehren gehalten.

In einem auf seine Anregung veröffentlichten Buch aus dem Jahr 1983 (Turris Verlag, Darmstadt) schrieb Mertes über Haas: Wenn »auch wenn der Politiker sich scheuen sollte, Aussagen über das hinaus zu machen, was sein eigentliches Handwerk ist, nämlich die möglichst gerechte und möglichst friedliche Gestaltung des menschlichen

Zusammenlebens von der Gemeinde bis zu den Vereinten Nationen, wenn er in die Zone der Maßstäbe eines Friedrich Joseph Haas vorstößt, so darf er nicht schweigen über das, was ihn dabei besonders bewegt, da es in einem tieferen Sinn auch politische Bedeutung hat: die geistige Durchdringung unserer Zeit und das Ringen mit ihren schweren Problemen.« So dachte Mertes nicht nur über Haas, sondern auch über sich selbst, und so hat er es in einem Brief an den Verfasser dieser Buchbesprechung zu Neujahr 1984 geschrieben: Der Beitrag über Haas sei »der Versuch eines Eifellers, darzustellen, was ein Eifeler dem Politiker zu sagen hat.« Er schrieb es mir – und gab damit vor allem doch Auskunft über sich selbst.

Schneider erinnert an eine schöne Stelle aus einer Rede, die er 1961 in Köln gehalten hat: Ein guter Diplomat muss die Vergangenheit kennen, so sagte er, er muss an die Zukunft denken und die Gegenwart verstehen. Damals ahnte Mertes wohl noch nicht, dass er einmal von der Rolle des Diplomaten in die eines Politikers wechseln würde. Sein Selbstverständnis, wie er es in der Kölner Rede zum Ausdruck brachte, hat er über diesen Wechsel hinweg ohne jeden Abstrich beibehalten, indem er auf diesem Dreiklang bestand, weil er in ihm den Schlüssel aller politischen Hermeneutik sah: Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft müssen stets im Zusammenhang gesehen werden. Dieser Anspruch brachte ihm nicht selten Schwierigkeiten, wenn er Mitstreiter an seiner Seite hatte, die in der Opportunität des Tages den Maßstab ihres Tuns erblickten. Mertes hat sich dieser Sichtweise nie gebeugt, er hat ihr oft widersprochen und blieb seinem Verständnis treu.

In den aufgewühlten Jahren der scharfen Auseinandersetzung über die Nachrüstung, 1982 und 1983 vor allem, war es Mertes, der den Widerstand der Union gegen den so verführerischen Wahlspruch der Friedensbewegung – »Frieden schaffen ohne Waffen« – intellektuell und kulturell bedachte. Wo Parteimanager auf den Slogan »Frieden und Freiheit« setzten, drängte Mertes auf die Aussage »Frieden in Freiheit«. Was manchem heute als eine Nuance erscheinen mag, hat eine tiefe Bedeutung im Blick auf das Verständnis beider, wechselseitig aufeinander zugeordneter, nur im Zusammenklang dieser ihrer Zuordnung erklär-

barer Begriffe. Übrigens setzte sich damals, 1982, Mertes gegen das Parteimanagement durch, nicht zuletzt, weil auch Helmut Kohl die Sichtweise »seines« Außenpolitikers aus eigener Überzeugung teilte: zu einer Zeit, als in Wahlkämpfen – man höre und staune – noch um Inhalte und Richtungen gerungen wurde.

Schneider hat geradezu minutiös die Lebensgeschichte von Mertes nachgezeichnet – dank auch der Hilfe seiner Familie, die ihm einen offenen Zugang zu allen Archivalien gewährte. Die Lektüre seiner Arbeit lohnt nicht nur, weil sie ein wichtiges – im Nachhinein kann man sagen: vermutlich entscheidendes Kapitel – deutscher Zeitgeschichte abhandelt. Sie lohnt auch deshalb, weil sie den Leser einen Menschen kennenlernen lässt, an dessen Selbstverständnis heute zu erinnern nur Gewinn bringen kann. Denn Politik, wenn sie es denn will, kann mehr sein als eine Kreuzfahrt im Nebel, mehr auch als der Griff nach der Macht. Noch einmal Mertes über den von ihm verehrten Haas: Sein Leben ist »auch ein Appell an uns Heutige, beharrlich, nüchtern und Schritt für Schritt unumkehrbar in die richtige Richtung zu wirken, auch wenn wir nicht wissen, ob und wann wir an das Ziel gelangen.« Dem ist, drei Jahrzehnte später, nichts hinzuzufügen. Und diese Aussage wirkt als Selbstbezeugung ein bezeichnendes Licht auf den Verfasser dieser Würdigung, die dem Heiligen Doktors aus Moskau ebenso gilt wie dem, der sich hier seiner erinnert.

Das, was Mertes selbst dachte und vollbrachte, bleibt. Es ist dauerhaft gültig, weil es im Denken zu Ende geführt und in die Geschichte hineingewoben wurde. Eben wegen dieser Außergewöhnlichkeit fesselt uns so sehr der Blick auf den Menschen, der – nicht zuletzt als gläubiger und frommer Christ – dachte und vollbrachte, was überdauernd bleibt, und dem es auf diese seine Weise gelungen ist, unumkehrbar in die richtige Richtung zu wirken, weil er gar nicht anders Politik sich vorstellen konnte als das Ergebnis eines Nachdenkens über deren Richtungsentscheide: ein Glücksfall für die deutsche Nachkriegsgeschichte und ein erinnerungswürdiges Beispiel für die so ganz andere Gegenwart.

*Christoph Böhr*